



Protokoll der 23. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum:

11. Mai 2021

Ort:

Videokonferenz (Skype for Business)

Aktenzeichen: 924-3719/5/2

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM



1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 2. März 2021 wurde bereits genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Seitens des Präsidenten gibt es keine Mitteilungen.

Reto Brand weist auf zwei aktuelle parlamentarische Vorstösse hin, welche u.U. von Interesse sein könnten und bei denen die Antworten des Bundesrates aber noch ausstehen:

- Postulat 21.3328 von Nationalrätin Gabriela Suter vom 18. März 2021 ("Medikamentenversuche an Menschen in der Schweiz umfassend aufarbeiten")¹
- Interpellation 20.4386 Fehlmann Rielle. Sterilisation von Frauen mit einer geistigen Beeinträchtigung. Stand der Dinge² (noch unklar, ob bzw. inwieweit FSZM überhaupt betroffen).

Im Weiteren weist Reto Brand darauf hin, dass beim BJ in den letzten Monaten relativ konstant monatlich ca. 50 bis 80 neue Gesuche für einen Solidaritätsbeitrag eingehen würden. In diesem Zusammenhang wird geprüft, ob bzw. in welcher Form allenfalls die Aufhebung der früher geltenden Frist für die Gesuchseinreichung noch einmal publik gemacht werden soll. Laetitia Bernard ergänzt diesbezüglich, dass die Anlaufstellen mit dem Anliegen, über die per 1. November 2020 erfolgte Fristaufhebung zu informieren, demnächst ebenfalls ans BJ gelangen würden.

2. Diskussion von Einzelfalldossiers

a) Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

Seit der letzten Sitzung wurden den Kommissionsmitgliedern mit der Monatsliste Februar 2021 insgesamt 47 Fälle unterbreitet, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah. Der Präsident hat diese einer stichprobeweisen Prüfung unterzogen, wobei er in einem Fall eine Diskussion anlässlich der heutigen Sitzung wünschte. Im Weiteren wurden den Kommissionsmitgliedern mit der Monatsliste Februar 2021 auch sechs Fälle unterbreitet, bei dem der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsah, weil das entsprechende Gesuch offensichtlich unbegründet war. Diesbezüglich gingen seitens der Kommissionsmitglieder innert Frist keine Einwände ein.

Mit der Monatsliste März 2021 wurden den Kommissionsmitgliedern insgesamt 48 Fälle zur Gutheissung unterbreitet. Auch hier hat der Präsident 6 Fälle stichprobeweise überprüft und in Bezug auf einen dieser Fälle eine Diskussion anlässlich der heutigen Sitzung gewünscht. Auf Wunsch des Fachbereichs FSZM wurden zur Klärung und Präzisierung der Praxis jedoch alle 6 Fälle aus der Stichprobe der beratenden Kommission unterbreitet.

Der Fachbereich FSZM hat in den letzten Monaten verschiedene Optimierungen bei der Gesuchsbearbeitung und bei der Redaktion der Fallblätter vorgenommen. Zur Illustration des aktuellen Standards der Fallblätter, in welchen jeweils der geltend gemachte Sachverhalt aufgeführt und der vorgesehene Entscheid des Fachbereichs FSZM zuhanden der beratenden Kommission begründet wird, hat der Fachbereich für die heutige Sitzung deshalb auch zwei

¹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20213328>

² <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20204386>

Fälle von der Monatsliste April 2021 zur heutigen Diskussion auf die Traktandenliste gesetzt. Die Frist zur Stellungnahme zu allen übrigen Gutheissungs-Fällen auf der Monatsliste April 2021 läuft jedoch noch.

Die Diskussion der soeben erwähnten insgesamt 9 Fälle der Monatslisten Februar, März und April 2021 soll der beratenden Kommission die Gelegenheit bieten, sich dazu zu äussern, ob in diesen Fällen a) der Sachverhalt im Hinblick auf einen Entscheid jeweils als ausreichend abgeklärt bzw. bekannt erachtet wird, b) die Schilderungen und Angaben im Gesuch ausreichend glaubhaft sind und c) die Begründung der Opfereigenschaft alle wesentlichen Elemente enthält. Das Ergebnis der Diskussion kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Die angepasste Darstellung der Fallblätter wurde (anhand der zwei Beispiele von der April-Liste) in Bezug auf Struktur und Umfang begrüsst.
- In 8 Fällen wurde der Vorschlag des Fachbereichs FSZM bestätigt und die Gesuche zur Gutheissung empfohlen, wobei vereinzelt darauf hingewiesen wurde, dass die Begründung/Würdigung noch etwas differenzierter hätte erfolgen können.
- In einem Fall wurden die Angaben des Gesuchstellers zu seiner Platzierung in einem Heim nicht als ausreichend bzw. als glaubhaft erachtet. Der Fachbereich FSZM wurde deshalb gebeten, noch weitere Zusatzabklärungen zu machen.

b) Fälle aus früheren Sitzungen

Aus den letzten Kommissionssitzungen gibt es noch 4 Gesuche, welche noch nicht abschliessend behandelt werden konnten. Gestützt auf die zwischenzeitlich erfolgten Zusatzabklärungen empfiehlt nun die beratende Kommission in 3 Fällen das Gesuch gutzuheissen und in 1 Fall nochmals weitere Abklärungen zu machen.

c) Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurde der beratenden Kommission 6 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich eine Abweisung oder eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission 2 Gesuche gutzuheissen und 4 Gesuche abzuweisen.

3. Selbsthilfe-Projekte (Orientierung über aktuellen Stand)

Reto Brand informiert, dass beim "Erzählbistro" die Laufzeit der ersten Verfügung von drei Jahren ablaufe. Das Projekt solle aber – da sehr erfolgreich - weitergeführt werden, weshalb ein neues Gesuch eingereicht worden sei. Nachdem dieses alle Kriterien erfüllt habe, habe man eine Verlängerung um weitere 3 Jahre bewilligen können. Das Angebot des Erzählbistros habe sich stetig weiterentwickelt und habe auch pandemiebedingt angepasst werden müssen. Es handle sich dabei um ein sehr bedeutendes Selbsthilfe-Projekt. Gleichzeitig hat es auch den Informations- und Erfahrungsaustausch unter Betroffenen/Opfern zum Ziel (Art. 12 AFZfV). Der rechtliche Rahmen lasse es zu, dass ein solches Angebot von einer nicht-staatlichen Trägerschaft angeboten, aber vom BJ finanziell unterstützt werde.

Auch das Selbsthilfe-Projekt "Gesichter der Erinnerung" sei auf Kurs. Hier hätten kleinere Anpassungen bei der Trägerschaft und bei den Zahlungsmodalitäten (Sicherstellung der Liquidität) berücksichtigt werden müssen.

Das BJ unterstütze zudem das Pilotprojekt der Pro Senectute und der Guido-Fluri-Stiftung "In Würde altern". Dabei würden sog. Caregiver ausgebildet, welche aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen das Personal in Altersinstitutionen für die Thematik sensibilisieren sowie hilfsbedürftige Betroffene direkt beraten.

4. Verschiedenes

Reto Brand weist darauf hin, dass das BJ im Hinblick auf die Umsetzung des Projekts "Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung" (vgl. diesbezüglich Protokoll der Sitzung vom 2. März 2021, Traktandum 1) zwei Personen habe engagieren können, welche aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeiten grosse Erfahrung und auch die notwendige Sensibilität im Bereich der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen mitbringen würden. Dies erspare nicht zuletzt auch eine längere Einarbeitung ins Thema. Zudem werde die bisherige Sekretariatsleiterin des Fachbereiches FSZM im Sommer pensioniert und die Nachfolgeregelung laufe.

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission wird am 24. August 2021, voraussichtlich ab 10 bis 16 Uhr, stattfinden. Über die Durchführungsart werde kurzfristig entschieden.

Der Dank des Präsidenten geht an alle Mitglieder und die Mitarbeitenden des Fachbereichs FSZM für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Die Sitzung wird um 14.55 Uhr geschlossen.